



Bundesministerium für Gesundheit, 53109 Bonn

Deutsche Krankenhausgesellschaft  
Wegelystraße 3  
10623 Berlin

**Nachrichtlich:**

Verband der Krankenhausdirektoren  
Deutschlands e. V.  
Oranienburgerstraße 17  
10178 Berlin

Karl Heinz Tuschen  
MinRat  
Leiter des Referats 215

HAUSANSCHRIFT	Am Propstthof 78a, 53121 Bonn
POSTANSCHRIFT	53109 Bonn
TEL	+49 (0)228 99 441-2160
FAX	+49 (0)228 99 441-4921
E-MAIL	karl-heinz.tuschen@bmg.bund.de
INTERNET	www.bmg.bund.de

Bonn, 4. Juli 2007  
AZ 215-48622/2

**Auswirkungen des EU-Monti-Paketes auf die Kostenzuordnung bei MVZ  
in Trägerschaft von Krankenhäusern**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 8. Dezember 2006 hat das Bundesministerium für Gesundheit auf die Auswirkungen des EU-Monti-Paketes auf den Krankenhausbereich, insbesondere auf die Transparenzvorschriften für den Defizitausgleich von Kommunen zu Gunsten von Krankenhäusern, hingewiesen. Dies betraf primär die Defizite aus der stationären Leistungserbringung. In diesem Zusammenhang wurde bereits auf die Kostenzuordnung zu den "Leistungen an Dritte" im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung hingewiesen.

Aus gegebenem Anlass möchte ich die Notwendigkeit der Einhaltung der beihilferechtlichen Transparenzregelungen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) hervorheben.

MVZ im Sinne des § 95 Abs. 1 SGB V, die in der Trägerschaft eines Krankenhauses stehen, nehmen an der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung teil und stehen somit im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist sicherzustellen, dass ein MVZ weder direkt noch indirekt Vorteile durch die Investitionsförderung des Krankenhauses oder durch Defizitausgleiche von Kommunen für das Krankenhaus erlangt.

Vor diesem Hintergrund sind dem MVZ grundsätzlich auch die vom Krankenhaus bezogenen Leistungen (z. B. Laborleistungen, Personalgestellung) in Höhe sachgerechter Kosten auf Vollkostenbasis oder in marktüblicher Höhe in Rechnung zu stellen. Dieser Grundsatz gilt

auch für die Bereitstellung von Räumen oder Geräten, die öffentlich gefördert sind. Dem MVZ sind hierfür Kosten in sachgerechter Höhe oder marktübliche Entgelte (z. B. Mieten) einschließlich entsprechender Investitionskostenanteile in Rechnung zu stellen. Dies gilt unabhängig davon, ob und in welcher Höhe das Land Fördermittel zurückfordert oder entsprechende Fördermittelanteile im stationären Bereich zu reinvestieren sind.

Für eine Unterrichtung Ihrer Mitgliedsverbände wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tuschen', written in a cursive style.

Tuschen